

Partizipation von Migranten/innen und Migrantenvereinen im Stadtteil – Darmstädter Ansatz im Rahmen des Programms Soziale Stadt

Die Ausführungen in diesem Beitrag erfolgen aus der Perspektive des Interkulturellen Büros der Stadt Darmstadt als einer kommunalen Integrationsfachstelle. Sie basieren auf den Erfahrungen bei der Partizipation von zugewanderten Menschen im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ in den Darmstädter Stadtteilen Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd.

Stadtteilarbeit und Migrantenbeteiligung

Die Migrantenbeteiligung im Rahmen von Stadtteilarbeit ist keineswegs eine Selbstverständlichkeit. Zwar haben Stadtteile, die in das Programm „Soziale Stadt“ einbezogen sind, zum großen Teil einen überproportional hohen Anteil von Migrantenpopulation und oft fallen dort Armutsrisiken und Bildungsdefizite mit ethnischer Segregation zusammen. Damit ist die Partizipation von Migranten/innen dort von großer Bedeutung. Aber de facto sind sie nur in seltenen Fällen an den Entscheidungen über die Erneuerung ihrer Stadtteile beteiligt.

Inzwischen liegt eine umfassende Auswertung der Erfahrungen nach vierjähriger Laufzeit des Programms „Soziale Stadt“ vor. In dieser „Zwischenevaluierung“ wird festgestellt, dass Migranten/innen eine Bewohnergruppe darstellen, „die nach bisherigen Erfahrungen weder durch die Beteiligungsverfahren noch durch „aktivierende“ Strategien in bemerkenswertem Umfang erreicht wird.“ (IfS 2004, S. 128)

Bundesweit liegen deshalb relativ wenige Erfahrungen mit Migrantenpartizipation vor. In diesem Zusammenhang sollte auch geklärt werden, unter welchen Bedingungen von einer Partizipation gesprochen werden kann. Ist es ausreichend, wenn Personen mit Migrationshintergrund und Sprachkenntnissen – aber ohne Kontakte zu den Migrantengruppen im Quartier – in den entsprechenden Arbeitsgremien sitzen und mit diskutieren? Oder wenn vom Quartiersmanagement einigen Migrantengruppen vor Ort Projektfonds für ihre eigenen Aktivitäten zur Verfügung gestellt werden, losgelöst von der Stadtteilarbeit insgesamt? Weder die „Alibi-Vertretung“ noch die separate Stadtteilarbeit ist eine zufriedenstellende Lösung. Das Ziel sollte eine gleichwertige Einbeziehung von Migranten/innen bei gleichzeitiger Berücksichtigung von Besonderheiten sein. Weiterhin ist es wichtig, dass die Beteiligung über eine „Betroffenen- Vertretung“ (ebenda)

hinausgeht und ein konstruktives Einmischen im Stadtteil bezweckt.

Über die Gründe der relativ schwachen Partizipation von Zugewanderten finden sich in der neueren Literatur einige Hinweise. Im Expertisenband des Projektes „Zuwanderer in der Stadt“ wird auf die „fehlende personelle Präsenz von Migranten/innen“ in den hauptamtlichen Arbeitsstrukturen vor Ort und damit auf fehlende „Identifikationspersonen für die Bewohner/innen mit Migrationshintergrund“ hingewiesen. In den Nachbarschaftsvereinen wiederum schrecken die „oft sehr formalistische Form der Vereinssitzungen und fehlende Zeit für Übersetzungen“ Migranten/innen ab. Migrantenvereine hingegen existieren entweder nicht vor Ort, oder aber sie schotten sich ab (Seidel 2005, S.236 f.). In der „Zwischenevaluierung“ wird auf die mangelnden sprachlichen Kenntnisse, auf die Ungewohntheit der Gremienarbeit, auf die fehlenden demokratischen Erfahrungen sowohl in den Herkunftsländern als auch im Aufnahmeland, auf die fehlende Identifikation mit den Problemen vor Ort als Folge der sozialen, kulturellen und politischen Ausgrenzungssituation und schließlich auf die Abschottungstendenzen von bestimmten Migranten-Communities hingewiesen (IfS 2004, S. 128).

Doch diese gesteigerte Aufmerksamkeit aus soziologischer Sicht schützt nicht immer vor Fehleinschätzungen. So wird z.B. vermutet, dass es in der Stadtteilarbeit besonders schwierig wäre, Migranten/innen zu erreichen und für Beteiligungsprozesse zu aktivieren (ebenda), obwohl viele Praxiserfahrungen – auch unsere – diese Annahme widerlegen.

Integration und Partizipation

Auch bei der Integration von Zugewanderten im Stadtteil ergibt sich aus der „Zwischenevaluierung“ ein deutliches Defizit. Es ist „eines der wichtigsten, hinsichtlich der verfügbaren Instrumentarien aber bisher noch sehr unterentwickelten Handlungsfelder“ (ebenda, S. 166). Es wird festgestellt, dass trotz dieser Erkenntnis, „ nur in seltenen Fällen eine entsprechende Schwerpunktsetzung in den Programmen und Projekten der Quartierspolitik“ erfolgt (ebenda, 167) „Die Verständigung mit Migrantenorganisationen und der Aufbau interkultureller Kommunikation und Kooperation sind sicher mit die schwierigsten Aufgaben der

Stadtteilentwicklung – aber bilden sicher auch eines der größten Potenziale für die Verringerung der Problemlagen.“ ... „Es wird dringend empfohlen, dieses Thema zu einem Schwerpunkt der zukünftigen Programmgestaltung zu machen.“ (ebenda, S. 195).

Aus methodischen Gründen liegt es nahe, die Migrantenbeteiligung im Stadtteil in einen konzeptionellen Zusammenhang mit der kommunalen Integrationsarbeit zu bringen.

„Integration bezeichnet die Eingliederung neuer Bevölkerungsgruppen in bestehende Sozialstrukturen und die Art und Weise, wie diese neuen Bevölkerungsgruppen mit dem bestehenden System sozio-ökonomischer, rechtlicher und kultureller Beziehungen verknüpft werden.“ (Heckmann 2003). Strukturelle, soziale, kulturelle und identifikatorische Dimensionen des Integrationsprozesses werden dabei unterschieden, wobei die strukturelle Integration in die Teilsysteme der Gesellschaft den Kernbereich darstellt.

Ein solches Verständnis vorausgesetzt, können für eine effektive und nachhaltige Integration, sowohl stadtweit als auch für die Stadtteile, folgende Thesen aufgestellt werden:

- Integration setzt wechselseitige Öffnung der Migranten-Communities und der Institutionen der Mehrheitsgesellschaft voraus (Otman 2002). Ohne diese Öffnungsprozesse auf beiden Seiten können die Prozesse auf den unterschiedlichen Integrationsebenen nicht ungehindert ablaufen. Es ist erforderlich, diese Öffnungsprozesse durch eine entsprechende und kontinuierliche Kommunalpolitik zu unterstützen. Im Selbstlauf verlaufen sie sporadisch und punktuell, jedoch nicht systematisch und flächendeckend.
- Migration-Mainstreaming ist ein wichtiges Prinzip der Integrationspolitik und erfordert, (analog dem Prinzip des Gender-Mainstreaming) im Integrationsprozess auf die Belange sowohl von Zugewanderten als auch von Einheimischen einzugehen. Dies kann nur mit einem inhaltlich und methodisch differenzierten Herangehen an beide Bevölkerungsteile erfolgen.
- Integration kann ohne Partizipation von Migranten/innen nicht realisiert werden. Nur wenn sie als Selbstmobilisierungs-

programm von Zugewanderten begriffen und so mit der einheimischen Bevölkerung kommuniziert wird, hat sie Chancen, mit einer entsprechenden Eigendynamik der Migranten-Communities umgesetzt zu werden. Öffnungs- und Partizipationsprozesse wiederum erfordern die systematische und kontinuierliche Stärkung der Ressourcen der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerung.

- Integration kann in der gesamten Kommune nur so weit erfolgreich sein wie in den „schwächsten Kettengliedern“, d.h. in den sozial stärker belasteten Stadtteilen mit höherer Migrantenpopulation. Andererseits kann Partizipation von Migranten/innen im Stadtteil nicht mit einem „Tunnelblick“, sondern nur im Zusammenhang mit einer ganzheitlichen Integrationspolitik in der Kommune realisiert werden.
- Integration darf nicht allein als Summe von Arrangements im Alltag verstanden werden, die sich im Selbstlauf einstellen. Das bedeutet aber keineswegs, dass etwa unbedingt ein ambitioniertes kommunales Steuerungsmodell erforderlich wäre. Zugespitzt formuliert ist ein definitiver politischer Wille, für die Umsetzung der Partizipation Verantwortung zu übernehmen, wichtiger als eine technokratische Integrationsstrategie im Sinne der Verwaltungsmodernisierung. Zusammengefasst brauchen wir ein Konzept der Stärkung von Integrationsbereitschaft und -fähigkeit sowohl bei Zugewanderten als auch bei Einheimischen. Insbesondere ist der Empowerment-Ansatz im Sinne der Ressourcennobilisierung als Leitlinie für Integration erst recht für den Stadtteil unverzichtbar.

Ein Integrationskonzept, das die Stadtteilarbeit systematisch und schwerpunktmäßig einbezieht, sowie eine gute Kooperation zwischen dem Quartiersmanagement und der kommunalen Integrationsfachstelle sind erforderlich, um die Partizipation von zugewanderten Menschen zu initiieren und effektiv zu unterstützen.

Facetten der Stadtteilarbeit in Darmstadt

In Darmstadt sind zwei Stadtteile in das Programm „Soziale Stadt“ einbezogen: Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd (Dierks 2004).

Gesamtstadt Darmstadt		Stadtteil Kranichstein-Süd		Stadtteil Eberstadt-Süd	
Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen	Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen	Einwohnerzahl	davon Ausländer/innen
135.547	15,50%	6.926	24,70%	6.925	19,10%
Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte	Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte	Arbeitslosendichte	Sozialhilfedichte
5,1	5,5	7,3	18,1	10,2	18,3

Sozialatlas
Darmstadt, Stand:
31.12.2000

Die soziale Lebenslage der zugewanderten Bevölkerungsgruppen ist besonders prekär (überdurchschnittlich hohe Sozialhilfedichte und Arbeitslosigkeit). Wir finden eine insgesamt verschärfte soziale Problematik, die mit einer hohen Konzentration von Migrantengruppen zusammentrifft, welche besonders hohen sozialen Risiken ausgesetzt sind.

Das Interkulturelle Büro hat in Kranichstein-Süd (2000 – 2003) und in Eberstadt-Süd (2001 – 2004) die Einbeziehung von Migranten/innen in die Stadtteilarbeit gemeinsam mit der Stadtteilwerkstatt aktiv unterstützt, den Beteiligungsprozess moderiert und gesteuert. In den Anfängen des Programms hat es kaum Kontakte zu der Migrantengruppe in den Stadtteilen gegeben. Folgende Aktivitäten mit folgenden Zielen wurden durchgeführt:

an Stadtteilstellen mit Info-Ständen und durch Beiträge im Kulturprogramm aktiv teil.

In den Räumen zur bürgerschaftlichen Nutzung in Kranichstein-Süd führen mehr als zehn Frauengruppen verschiedener Herkunftsländer in Selbstverwaltung ihre Aktivitäten durch. Das Angebot reicht von Deutsch- und Alphabetisierungskursen, muttersprachlichen Kursen für Kinder, Mädchentreffs bis hin zu informellen Treffen zu speziellen Themenbereichen. Da in Eberstadt-Süd keine Räume zur Verfügung stehen, ist es für die Gruppierungen dort schwieriger, sich zu organisieren und eigene Aktivitäten zu entwickeln.

Seit Beginn der Einbeziehung von Migranten/innen in die Stadtteilarbeit sind in Kranichstein-Süd vier und in Eberstadt-Süd zwei neue Migrantengruppen entstanden, wobei alle sechs

Aktivitäten	Ziele
Aufbau und Vernetzung von Migrantengruppen	Gleichwertige Beteiligung von Migranten/innen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Stadtteilstellen ■ Gemeinsame soziale Aktivitäten 	Entwicklung interkultureller Nachbarschaft / Identifikation mit dem Stadtteil
<ul style="list-style-type: none"> ■ „Mama lernt Deutsch“ an Schulen ■ Deutschkurse im Stadtteil ■ Elterngesprächskreise an Kindergärten und Schulen 	Öffnung der Bildungsinstitutionen / Stärkung der Sprach- und Erziehungskompetenz der Eltern
<ul style="list-style-type: none"> ■ Informationsveranstaltungen mit Migrantengruppen ■ Mehrsprachige Informationsblätter für Migranten/innen 	Informationsvermittlung im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich
Durchführung von Fortbildungen und Tagungen im Stadtteil	Informationsvermittlung zum Thema Migration/ Entwicklung von interkultureller Kompetenz

Folgende Ergebnisse wurden nach jeweils drei Jahren erzielt:

In Kranichstein-Süd existiert die Arbeitsgruppe „Migranten/innen in Kranichstein“ (MIKRA) als Vertretungsgremium der Migrantengruppe im Stadtteil. Sie besteht aus Vertretern/innen aus afghanischen, arabischen, irakisch-kurdischen, pakistanischen, russlanddeutschen und türkisch-alevitischen Communities.

In Eberstadt-Süd existiert die Arbeitsgruppe „Interkulturelle Stadtteilarbeit“ mit Vertreter/innen aus arabischen, polnischen, somalischen, russlanddeutschen und türkisch-alevitischen Communities.

Beide Migrantengruppen sind über die Stadtteilwerkstatt und über direkte Vertreter/innen in das jeweilige Stadtteilnetzwerk vor Ort eingebunden. Die Delegierten der jeweiligen Gruppen nehmen an Entscheidungen teil. Sie beteiligen sich an gemeinsamen Aktivitäten im Stadtteil, wie Reinigungsaktionen oder aktivierenden Befragungen. Sie nehmen auch

Vereine Frauenvereine sind.

Nachdem in beiden Stadtteilen wichtige Voraussetzungen erfüllt sind, um die Migrantengruppe am Stadtteilerneuerungsprozess zu gewährleisten, beschränkt sich die Unterstützung des Interkulturellen Büros seit 2003 bzw. 2004 darauf, durch Beratung und punktuelle Interventionen den Selbstlauf der Beteiligungsdynamik von Zugewanderten aufrechtzuerhalten.

Die Erfahrungen der Phase des Selbstlaufs zeigen, dass die Migrantengruppen in den Stadtteilen die wichtigsten Instrumente der Beteiligung sind und die vornehmlichste Aufgabe des Quartiersmanagements darin besteht, dazu beizutragen, dass die Funktionsfähigkeit dieser Instrumente erhalten bleibt.

Zur Entwicklung der Eigendynamik der Migrantengruppe im Stadtteil

Wie ist diese positive Entwicklung bezüglich der Migrantengruppe in beiden Stadtteilen

innerhalb von jeweils drei Jahren zustande gekommen? Die Entwicklung einer Eigendynamik der Migrant*innenbeteiligung erfolgt durch die Öffnung von Migrant*innen-Communities, indem ihre integrativen Ressourcen gestärkt werden.

Entscheidend in diesem Prozess ist die Herausbildung eines funktionsfähigen und mit den weiteren Arbeitsgruppen im Stadtteil vernetzten Vertretungsgremiums der Migrant*innenbevölkerung. Die Migrant*innenarbeitsgruppe setzt sich aus Vertreter*innen der größten Migrant*innengruppen im Stadtteil zusammen, die sich regelmäßig treffen, Aktivitäten planen und sie mit Hilfe der Stadtteilwerkstatt und des Interkulturellen Büros umsetzen.

Diese parallele aber zugleich vernetzte Arbeitsstruktur entwickelt sich Schritt für Schritt: Der Zugang zu den Migrant*innenvereinen bzw. Migrant*innengruppen, als wichtigsten Strukturelementen der Migrant*innen-Communities, wird über zweisprachige Vermittlungskräfte gesucht. Die Migrant*innengruppen im Quartier werden zur Mitarbeit eingeladen. Aus ihrer Sicht diskutieren sie über die Angelegenheiten des Stadtteils und stellen gemeinsam eine Migrant*innenagenda für das Quartier auf. Mit der Erweiterung der Arbeitsgruppe durch Vertreter*innen weiterer Gruppen wird auch die Agenda weiterentwickelt.

Die Migrant*innenarbeitsgruppe soll entsprechend dem Stabilisierungstempo ihres Arbeitszusammenhangs Schritt für Schritt geöffnet und mit den „regulären“ Gremienstrukturen im Quartier vernetzt werden. Relevante Fragen werden in der Migrant*innenarbeitsgruppe vordiskutiert, und die gemeinsam erarbeiteten Vorschläge werden über Delegierte in die Stadtteilrunde sowie in die Bürgerarbeitsgruppen hineingetragen.

Gleichzeitig machen sich die einzelnen Gruppen, die in der Migrant*innenarbeitsgruppe vertreten sind, im Quartier stärker „sichtbar“ (Aktivitäten in den Räumen zur gemeinschaftlichen Nutzung, Auftritte bei Stadtteilfesten, Beteiligungen an Reinigungsaktionen, Befragungen etc.). Sie nehmen bei entsprechenden Anlässen Kontakt zu den Nachbarn*innen und der einheimischen Bevölkerung auf.

Das Timing der organischen Vernetzung mit den Stadtteilgremien ist so zu steuern, dass sie weder zu früh erfolgt (Gefahr der Entwicklung von „Alibi-Vertretung“) noch zu spät (Gefahr der Verselbständigung der Parallelstruktur).

Dabei ist zu berücksichtigen, dass bei Migrant*innen/innen sich oft stadtteilorientierte Interessen mit kommunalbezogenen oder sogar herkunftslandgeprägten Interessen verknüpfen. Es ist zweckmäßig, die konkreten Motivationslagen nicht zu ignorieren oder zu negieren. Es sollte vielmehr versucht werden, die „aus-

wärtigen“ Interessen für die Entwicklung der Partizipation im Stadtteil zu nutzen.

Manchmal wohnen Mitglieder eines Vereins zwar vor Ort, der Verein aber hat seinen Sitz im City-Bereich. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zugang zu dieser Migrant*innengruppe im Stadtteil auch über den stadtweit organisierten Verein mit dem Sitz in der City gesucht werden kann, wenn dies die Einbeziehung dieser Gruppe erleichtert.

Nicht selten ziehen partielle Aktivierungsprozesse in den Migrant*innenvereinen organisatorische Differenzierungsprozesse nach sich: Neue Frauen- oder Jugendgruppen oder -vereine konstituieren sich durch Trennung von dem – zumindest für die Teilinteressen dieser Zielgruppen inaktiv gewordenen – „Hauptverein“. In manchen Fällen führt dies übrigens auch zu einer nachträglichen Aktivierung des „Hauptvereins“. Diese Gruppenprozesse von Differenzierung und Neubildung sollten wahrgenommen und behutsam so begleitet werden, dass keine Gruppe sich ausgegrenzt fühlt.

Die Aktivitäten zur Migrant*innenbeteiligung erfordern meistens eine „Qualifizierungsoffensive“ im Stadtteil. Um ihrer vielfältigen Multiplikatorenrolle gerecht zu werden, werden Migrant*innen/innen aus den Communities durch Fort- und Weiterbildungen geschult.¹ Aber auch Alphabetisierungs- und Deutschkurse im Stadtteil sowie (zweisprachige) Informationsveranstaltungen zu wichtigen Themen wie Bildung oder Arbeit stärken die persönlichen Ressourcen von Zugewanderten, insbesondere von Migrant*innen.

Schaffung von Voraussetzungen für die Anerkennung der Migrant*innenbeteiligung durch die einheimische Bevölkerung im Stadtteil

Es ist keineswegs selbstverständlich, dass eine stärkere Migrant*innenbeteiligung im Quartier auf einen gleichzeitigen Öffnungsprozess der Stadtteilgremien trifft und sich positiv auf die Bürgerbeteiligung insgesamt auswirkt. Dieser Prozess der wechselseitigen Öffnung von Migrant*innen-Communities und der Arbeitsstrukturen im Stadtteil sollte deshalb von der Stadtteilwerkstatt und der kommunalen Integrationsstelle gemeinsam und zielgerichtet gestaltet werden.

Ein „multikulturelles“ Stadtfest, das eine eindeutig positive Medienberichterstattung und damit eine Aufwertung des Stadtteils ermöglicht, braucht z.B. von wichtigen Gruppen der einheimischen Bevölkerung im Quartier nicht automatisch akzeptiert zu werden, wenn sie sich darin als Akteure nicht wiederfinden. Die konkreten Motivationslagen der Bürgerarbeitsgruppen, der einheimischen Vereine sowie der Fachkräfte sind differenziert zu berücksichtigen.

1) Aus den Erfahrungen der Stadtteilarbeit heraus wurde in Darmstadt 2003 und 2004 eine neue Weiterbildung als Modellprojekt konzipiert und durchgeführt. Im Rahmen des EQUAL-Programms wurden in Kooperation mit der FH Darmstadt / FB Sozialpädagogik insgesamt 40 Zugewanderte mit angemessenen Vorqualifikationen in zweisemestrigen Kursen zu Integrationsassistentinnen und -assistenten im Bereich Migration weiterqualifiziert.

Wichtige Informationen über die Migrantenvereine bzw. Migrantengruppen vor Ort sollten regelmäßig an die einheimischen Akteursgruppen vermittelt werden. Die Agenda der parallelen (und zugleich vernetzten) Arbeitsstruktur ist von Beginn an und während der gesamten Entwicklungsphase den „regulären“ Gremien transparent zu machen, um Spekulationen und Verunsicherungen vorzubeugen. Nur so können die kommunikativen Voraussetzungen für die Anerkennung der Migrantenarbeitsgruppe als gleichwertiger Akteur im Stadtteil geschaffen werden.

Weiterhin ist es wichtig, den institutionellen Öffnungsprozess durch Angebote zur Kompetenzerweiterung für Einheimische und Zugewanderte sowie für Fachkräfte und Ehrenamtliche gleichzeitig zu unterstützen. In differenzierten Angeboten für Frauen und Männer sowie für Jüngere und Ältere in den Themenbereichen Interkulturelle Kommunikation, Konfliktmediation oder Gewalt-Deeskalation werden die Ressourcen für Zivilkompetenz und interkulturelle Nachbarschaften im Stadtteil gestärkt. So entsteht ein gemeinsamer Pool von Multiplikatoren/innen vor Ort, um bei Stadtteilkonflikten zu vermitteln oder präventiv wirksam zu werden.

In Schulen und Kindergärten werden zeitgleich Öffnungsprojekte wie „Mama lernt Deutsch“ oder „Elterngesprächskreise“ angeboten, um die Schwellenangst zu den Bildungsinstitutionen zu senken. Weiterhin ist es zweckmäßig, systematisch für unterschiedliche Gruppen sinnvolle Gelegenheitsstrukturen zu interkulturellen Begegnungen im Stadtteil zu schaffen. Zu den Voraussetzungen gehört die Organisierung von Räumen vor Ort zur gemeinsamen Nutzung für alle.

Zusammengefasst ist es wichtig, eine offene und integrative Vernetzungskultur im Stadtteil so zu entwickeln, dass die gleichwertige Einbeziehung der Migrantenarbeitsgruppe erst zur Realität und schließlich zur Normalität wird.

Rolle der kommunalen Integrationsstelle

Eine wichtige institutionelle Voraussetzung zur Verankerung der Migrantenbeteiligung im Stadtteil ist die Existenz einer kommunalen Integrationsstelle und ihre Bereitschaft, sich schwerpunktmäßig mit der Stadtteilarbeit zu befassen. Da es bis jetzt kein einheitliches Tätigkeitsprofil für die kommunalen Integrationsstellen gibt, ist dies keine Selbstverständlichkeit.²

Es lässt sich leicht zeigen, dass es eine Reihe von Aufgaben einerseits im Stadtteilbereich und andererseits im gesamtkommunalen Bereich gibt, welche sich ergänzen und in der Wirkung der Aktivitäten gegenseitig verstärken.

Erfahrungen und Ergebnisse der Beteiligung von Migranten/innen oder der Schaffung von Gelegenheitsstrukturen zur Entwicklung von interkulturellen Nachbarschaften können auch für andere Stadtteile nutzbar gemacht werden.

Andererseits können die Erfahrungen und Ergebnisse der Förderung und Beratung von Migrantenvereinen und -gruppen oder der Fort- und Weiterbildung sowie der Förderung von Aktivitäten gegen Rassismus und für eine weltoffene Stadt im gesamtkommunalen Kontext unmittelbar auch für die Stadtteilarbeit genutzt werden.

Durch die Schwerpunktbildung im Bereich Stadtteilarbeit ist es dem Interkulturellen Büro möglich, als eine besondere „intermediäre Instanz“ (Otman 2004) zur Unterstützung der Beteiligung von Migranten/innen im Stadtteil zu wirken. Dabei geht es um eine Mittlerfunktion zwischen den institutionellen und lebensweltlichen Strukturen im Stadtteil, d.h. der Stadtteilwerkstatt, der Stadtteilrunde und den Bürgerarbeitsgruppen einerseits sowie der Migrantenarbeitsgruppe als parallele und zugleich vernetzte Arbeitsstruktur andererseits.

Allerdings ist die Gestaltung dieser Rolle abhängig vom Entwicklungsverlauf der Migrantenbeteiligung. Auf jeden Fall ist es sinnvoll, nach der Stabilisierung der Kreisläufe der Kommunikation und Vernetzung von der aktiven Moderatorenrolle auf eine Unterstützungsrolle durch Beratung und punktuelle Interventionen zu wechseln. Idealtypisch macht sich so die kommunale Integrationsstelle langfristig überflüssig.

Literatur:

Dierks, Gabriele (2004): Stadtteilarbeit in Darmstadt Kranichstein-Süd und Eberstadt-Süd. URL: <http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/darmstadt/stadtteilarbeit.htm>

IfS Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik (2004): Die Soziale Stadt. Ergebnisse der Zwischenevaluierung. Berlin

Heckmann, Friedrich (2003): Bedingungen erfolgreicher Integration. Eröffnungsvortrag zur Tagung der Ausländer-/Integrationsbeauftragten des Bundes, der Länder und der Kommunen. Augsburg

Magistrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt (Hg.) (2002): Sozialatlas Darmstadt. Bildung eines Sozialindexes, Beiträge zur Sozialberichterstattung, H. 1. Darmstadt

2) Das ist auch auf der Konferenz der Ausländerbeauftragten/ Integrationsbeauftragten des Bundes, der Länder und der Kommunen am 24. und 25. Mai 2005 in Düsseldorf deutlich geworden, wo der neue Programmschwerpunkt „Integration von Migranten/innen“ des Programms „Soziale Stadt“ vorgestellt wurde.

Otman, Alp (2002): Kommunale Integrationsmaßnahmen. Beispiel: Interkulturelles Büro Darmstadt in: Bukow, Wolf-Dietrich und Yildiz, Erol (Hg): Der Umgang mit der Stadtgesellschaft, Interkulturelle Studien, Band 11. Opladen

Otman, Alp (2004): Thesen zur Partizipation von Migranten/innen im Stadtteil. URL: http://www.stadtteilarbeit.de/seiten/projekte/darmstadt/interkulturelles_buero.htm

Seidel, Volker (2005): Best-practice-Analyse zum Quartiersmanagement mit dem Fokus „Integration von Migranten“, in: Zuwanderer in der Stadt – Expertisen zum Projekt. Hrsg. von den Verbundpartnern „Zuwanderer in der Stadt“, Darmstadt

Alp Otman

Interkulturelles Büro der Stadt Darmstadt
Stadthaus
Frankfurter Str. 71
64293 Darmstadt
Fon: 06151133581
Email: interkulturell@darmstadt.de